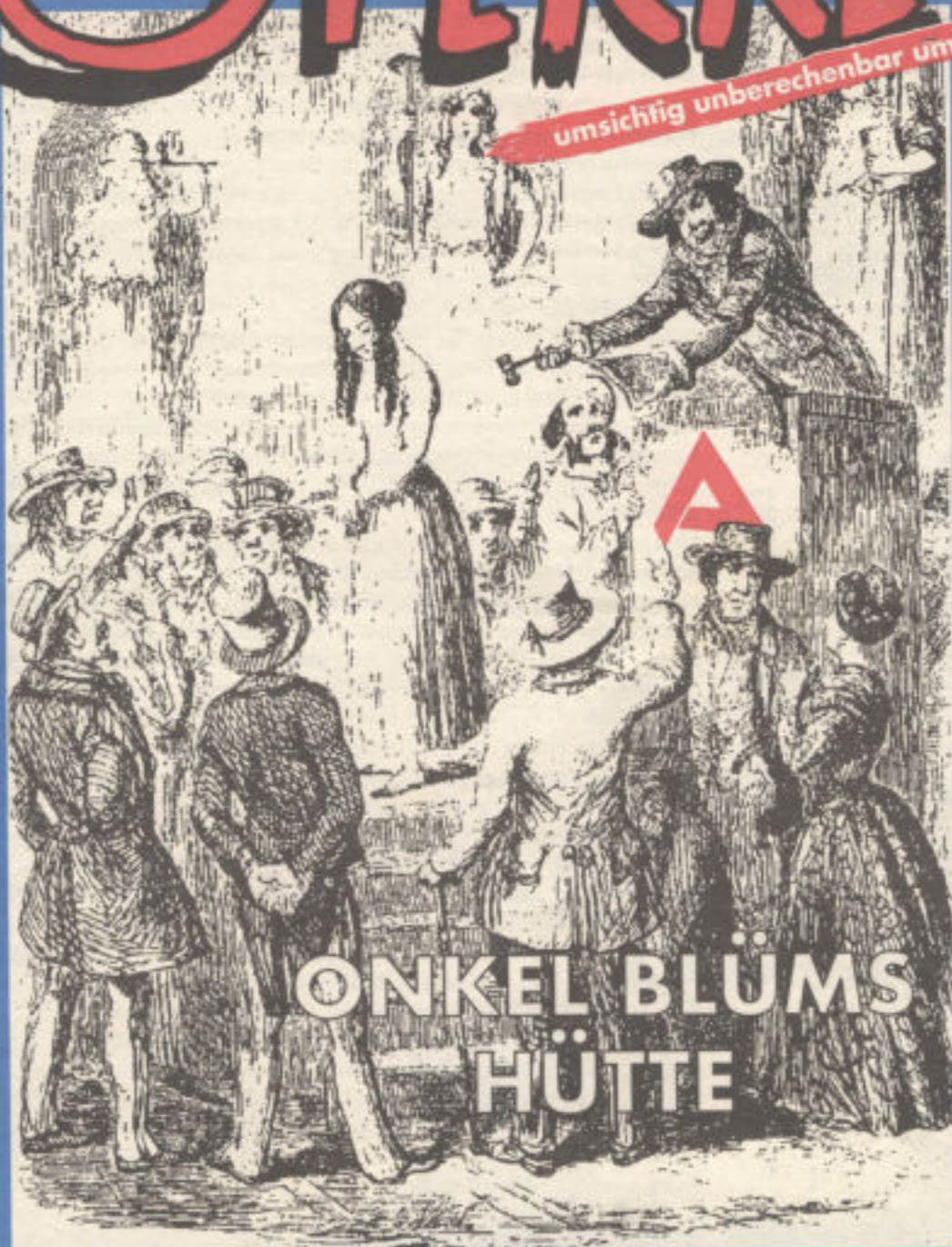


Münsters Arbeitslosenzeitung 4/95
September und Oktober

Gastbeitrag
Gregor Gysi

SPERRE

umsichtig unberechenbar umsonst



ONKEL BLÜMS
— HÜTTE

Auf dem Arbeitslosenmarkt



Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn der Sommer noch ruhig scheint: Heftige Kämpfe stehen im Herbst bevor. Die Arbeitslosen und die anderen Armen wappnen sich. Sie bringen ihre Vermögen nach Luxemburg und den Lohn für ihre Schwarzarbeit lassen sie in Aldi-Plastiktüten an den Strohmann in Liechtenstein überbringen. Sie werden ihre Ärzte mit Geschenken überhäufen, damit sie auch in Zukunft ohne Probleme arbeitsunfähig geschrieben werden. Ausgefuchst sind insbesondere die Strategien derjenigen, die zwar arbeitsfähig sind, sich auf ihre 'zig Bewerbungen jedoch nur Ablehnungen einholen und deshalb der Gemeinschaft der Steuerzahler auf der Tasche liegen. Andere überreden die Rentenversicherung dazu, ihnen eine zu geringe Rente zu zahlen, und schieben vor, sie seien zu alt zum Arbeiten und bräuchten deshalb Sozialhilfe.

Rücksichtslos nutzen sie das Ehegattensplitting in der Sozialhilfe aus und kassieren doppelt. Einige ganz Raffinierte setzen Kinder in die Welt, um weiter den Staat auszusaugen und nicht selber Geld zu verdienen. Indem immer mehr arm werden, stürzen sie den Staat in den Ruin. Die Reichen sind dann gezwungen, mit Bundesschätzchen oder - wenn es ganz schlimm kommt - sogar mit Steuern den Staat zumindest kurzfristig nicht untergehen zu lassen. Und wofür das Ganze? Nur damit ihre Leistungsbereitschaft ausgenutzt oder sogar beschimpft wird ("Nieten in Nadelstreifen")! Gemein! Nein, es muß Schumi, Graf und allen andern erleichtert werden, ihre Einkommen an der Steuer vorbei zu schaffen (Leistung muß sich lohnen): bis zu Einkünften von 84 000 DM im Jahr steigt die steuerliche Belastung, darüber nimmt sie gleichmäßig wieder ab, so eine Untersuchung aus Mannheim. Das macht Mut!

Mehr als die Hälfte der Entlastungen aus der Steuerreform sind bei den Leistungsträgern, bei dem Fünftel mit den höchsten Einkommen also, angekommen. Die Schmarotzer dagegen, das unterste Fünftel der Bevölkerung, wurden mit sage und schreibe einem Prozent daran beteiligt - wenn man es recht bedenkt, ist selbst dieses eine Prozent zuviel.

Der Bundesrechnungshof aber soll ja nicht noch mal herkommen und was schwätzen von fehlenden Steuereinnahmen und fehlender Steuergerechtigkeit, weil das Finanzamt die Selbständigen zu sehr in Frieden lasse. Solche Äußerungen sind ordnungspolitisch falsch.

Wer aber Domestiken, Privatgärtner, Gouvernanten und anderes Hauspersonal einstellt, trägt entscheidend zum Wirtschaftswachstum und zum Strukturwandel bei. Deshalb muß der Staat diesen unternehmerischen Wagemut mit einer gehörigen Steuerbefreiung honorieren, mit dem "Dienstmädchenprivileg". Dies fordert Ruprecht von Polenz, Münsters CDU-Mann in Bonn.

Ja, das ist die rechte Politik!

Weiter so, empfiehlt

A. Voskamp
(Arnold Voskamp)

A.L.F.



Vor
Gebrauch
schütteln



**Mehrweg ALF -
Nach Gebrauch gibt's
Pfand zurück!**



Auslauf ALF



... zum halben Preis

Rabatt ALF



A.L.F. - Arbeitslose Lebens-Form mit sinkendem Marktwert

Impressum

Herausgeber:

Arbeitslose brauchen Medien
(AbM) e.V., Achtermannstraße 7,
48143 Münster
Telefon und Fax: 0251/51 11 21

Redaktion:

Annemarie Besse (abe), Wolf-
Rüdiger Dörr (wrd), Michael Weist
(miw), Uwe Wiedenstried,
V.i.S.d.P. (uwi), Ulrich Wieners (uli)

Mitarbeit:

Norbert Attermeyer (noa), Arnold
Voskamp (avo)

Satz und Gestaltung:

Annemarie Besse, Wolf-Rüdiger
Dörr, Helmut Buntjer, Michael
Weist, Uwe Wiedenstried, Ulrich
Wieners

Fotos:

Annemarie Besse, Michael Weist,
Uwe Wiedenstried, SPERRE-Ar-
chiv

Karikaturen: Frank Hegemann

Anzeigen und Spenden:

Claude Delattre, Ulrich Wieners,
Norbert Attermeyer

Druck: Lensing-Wolff

Auflage: 15.000

Bankverbindung/Spendenkonto:

BfG-Bank

BLZ 400 401 11

Kto. 102 121 3400

LeserInnenbriefe an den Herausge-
ber. Das Urheberrecht für die Bei-
träge liegt bei den jeweiligen
Autoren.

Anzeigenpreisliste vom 26.6.95

Nächste Ausgabe: 30.10.1995

Leserbrief

Seite 4

Weiterbildung für sozialhilfebedürftige Mütter.

VHS-Projekt: Qualifizierung statt Sozialhilfe.

Seite 5

Asyl. Ein Kompromiß für den Container.

Menschenwürde gibt es nicht auf Gutscheine!

Seite 6

Neuer Marktwertindex für Arbeitslose: ein Blümchen.

Wo, bitte, geht's hier zum Sozialstaat?

Seite 9

Gastbeitrag von Dr. Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Abgeordneten-
gruppe im Bundestag

"Keine Sache von Problemgruppen"

Seite 10

Infos-Recht

Seite 12

Soziale Projekte in Münster. Die Umweltwerkstatt Hilstrup macht Sinn!

Partner auf der Schaukel.

Seite 14

'In der Hitze der Nacht.' Kehrt Holly zu Sam zurück?

Sam Sperre

Seite 15

Grundeinkommen, kein Gnadenbrot.

Soziale Grundsicherung.

Seite 16

Kinder, Küche - keine Knete.

Kinder alle(in) erziehen.

Seite 18

Die ökologische Steuerreform. Wer Müll macht, zahlt drauf.

Geld oder Leben? Geld und Leben!

Seite 20

Das Neueste vom Münster-Paß.

Seite 22

Gehen Sie doch mal wieder ins Kino!

SPERRE-Preisrätsel

Seite 23

K N E I P E

FRAUENSTR.
24



DURCHGEHEND
TÜRKISCHE KÜCHE
AUCH ZUM MITNEHMEN!

MO-FR VON 3.30-1 UHR
SA UND SO VON 12-1 UHR

Mutter mit geringer oder keiner beruflichen Qualifikation?

Wie wär's mit Qualifizierung statt Sozialhilfe?



Irene Stritzke, VHS-Projekt-leiterin: "Qualifizieren ist allemal besser als alimenteren."

Foto: Wiedenstried

Es begann alles 1988 in Münsters städtischen Amtsstuben. Aus einem Modellprojekt entstand die Überlegung, gerade Sozialhilfeempfängerinnen mit Kindern bei der beruflichen (Re)Integration zu unterstützen. 1991 war es dann soweit. Erstmals wurde das insgesamt zwei Jahre dauernde Frauenprojekt *Qualifizierung statt Sozialhilfe* an der Volkshochschule (VHS) Münster angeboten. Die Resonanz war ermutigend. "In Köln oder Coesfeld gibt es bereits Nachahmerprojekte", wie Irene Stritzke (Tel.: 492-4351), die Leiterin des Projektes, betont. Folge: *Qualifizierung statt Sozialhilfe* geht im Herbst in seine 5. Auflage. Bleibt nur noch zu fragen: Warum gibt's das bzw. ähnliches nicht für Frauen ohne Kinder oder auch für alleinerziehende Männer?

Was will das Projekt?

Klar ist, daß die Teilnehmerinnen den Sprung in die Arbeitswelt schaffen sollen. Als Ziele sieht die VHS: Die individuelle Betreuung und materielle Absicherung während der Ausbildung sowie die Vermittlung in qualifizierte Ausbildungsplätze. *Qualifizierung statt Sozialhilfe* ist dabei eine Umschulung, die im wesentlichen vom Arbeitsamt und der Europäischen Union finanziert wird.

Jede Teilnehmerin, gleich ob sie Busfahrerin, Industriekauffrau oder Altenpflegerin werden will, sollte wissen, daß eine solche Maßnahme die 'ganze Frau' fordert: So nebenbei, durch ab und zu 'mal Vorbeischauen, ist das Programm nicht zu bewältigen. Schließlich gilt es zum Ausbildungsabschluß eine Prüfung bei der Industrie- und Handelskammer abzulegen.

Teilnahmevoraussetzungen:

Das Frauenprojekt sieht maximal 20 Personen pro Kurs vor. Vier wesentliche Kriterien entscheiden dabei über die Teilnahme:

1.: Es muß sich um eine Sozialhilfeempfängerin mit Kind oder Kindern handeln. 2.: Ganz bei Null möchte *Qualifizierung statt Sozialhilfe* nun doch nicht anfangen. Wenn schon keine Berufsausbildung, so sollte doch ein Schulabschluß vorliegen. 3.: Für

den Nachwuchs sollte z.B. ein Kindergartenplatz vorhanden sein, um eine regelmäßige Teilnahme sicherzustellen. 4.: Projektziele und Teilnehmerinnenwünsche sollten sich tendenziell decken. So setzt die VHS prinzipiell auf die Freiwilligkeit der Teilnahme, um von vornherein Interessenskollisionen zu vermeiden.

Unterstützungsformen:

Da das Frauenprojekt eng mit städtischen Ämtern zusammenarbeitet, können bei organisatorischen und finanziellen Problemen einige Hilfestellungen gegeben werden.

So kann die Kinderbetreuung, die insbesondere bei Alleinerziehenden schwierig ist, in Kooperation mit dem Jugendamt gemeinsam organisiert werden.

Die Teilnahme am Projekt ist kostenlos. Statt Sozialhilfe gibt es ein Unterhaltsgeld. Sollte das betragsmäßig niedriger als der bisherige Sozialhilfefatz liegen, zahlt die Differenz das Sozialamt. Zusätzlich wird ein Qualifizierungszuschuß monatlich gezahlt. Dessen Höhe variiert, je nachdem, ob die Mütter eine Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung anstreben.

Außerdem hilft *Qualifizierung statt Sozialhilfe* bei der Vermittlung von Praktika bzw. nach der Einführungsphase von Einzelumschulungsplätzen in Betrieben.

Projektablauf:

Die Einführungsphase ist dreiteilig. Einer allgemeinen Vorbereitung (6 Wochen), folgt eine berufsorientierende bzw. vorqualifizierende Maßnahme (8 Wochen), der sich ein Praktikum (8 Wochen) anschließt. In diesen 22 Wochen sollte sich die Teilnehmerin entschieden haben, welchen Beruf sie anstrebt. Für die VHS selbst ist abgesehen von der Nachbetreuung gegen Ende der Ausbildung die Arbeit an dieser Stelle beendet. Jetzt beginnt die eigentliche Umschulungsphase in den jeweiligen Betrieben. Hat eine Teilnehmerin keinen Betrieb, sind ihre Karten erheblich schlechter. "Es ist dann nicht einfach, eine geeignete Umschulungsschule zu finden", räumt Irene Stritzke ein.

Aussichten:

Die VHS bewertet sie insgesamt als sehr positiv. Aber welcher Maßnahmeträger tut das nicht? Eine gewisse kritische Distanz ist also angesagt. Am besten: Jede Interessierte mache sich ausführlich per Telefon oder direkt vor Ort selbst ein Bild. Immerhin spricht sich Stritzke vehement gegen "Maßnahmentourismus" aus. Das ist in Anbetracht des "Schindluders", der mit sogenannten Aus-, Fortbildungen oder Umschulungen in den letzten Jahren des öfteren betrieben wurde, durchaus loblich. wrd



Einblicke ins Asyl

Fotos: Weist

Bisweilen ist eine humanistische Schulbildung doch zu was nütze. Dem Altsprachler ist nämlich sonnenklar, daß das strapazierfähige Wörtchen 'Asyl' in der ehrwürdigen Sprache Homers und Platons wurzelt. Er findet auch heraus, was der Begriff ursprünglich bedeutet hat. Und wenn er dafür auf den Dachboden klettern muß, wo sein schwergewichtiges Schullexikon unter einer dicken Staubschicht von besseren Tagen träumt. Dort liest er dann etwas von 'unverletzlich' und 'sicher', von 'Schutzgewährung' und 'Freistätte'. Aha. Das Griechisch-Lexikon kennt übrigens keinen 'Asylkompromiß' (kein Wunder: 'Kompromiß' kommt ja auch aus dem Lateinischen!). Unter dieser beschönigenden Überschrift haben vor zwei Jahren CDU/CSU, SPD und FDP ihre eigene Übersetzung des altgriechischen Wortes ins Grundgesetz dekliniert (Art. 16a): Das im sicheren Drittstaatengürtel schlummernde Wohlstandsdeutschland wird wieder zu einer von unerwünschten Ausländern 'freien Stätte'. Aha. Im November '93 schoben die Bonner Herrschaften dann hurtig das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nach, sozusagen der Vollständigkeit halber. Da steht drin, daß die fremden Flüchtlinge, wenn sie nun schon mal in die deutsche Freistätte eingesickert sind, ihre Existenz gefälligst auf ein buchstäblich flüchtiges Minimum zu minimieren haben. Aha. Da kommt der Deutsche an sich nochmal billig davon.

Ein geistreiches Bonmot vorweg: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." (Art. 1 Grundgesetz). Schön, schön. Das mußte einfach mal gesagt werden. Wenden wir uns nun dem wirklichen Leben zu. Zum Beispiel dem im sogenannten 'Übergangswohnheim' an der Steinfurter Straße 103, wo derzeit etwa 210 der 2.800 in Münster lebenden Asylbewerber und Flüchtlinge wohnen. Wohnen? Stephan Schluer, Sozialpädagoge und Betreuer des Wohnheimes, nennt Fakten: "In unserem Haupthaus stehen für vier Personen 18 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. In den hinterm Haus aufgestellten Containern sind es ganze 13,2 Quadratmeter." Ein allgegenwärtiger Klangteppich aus aufgeregten Gesprächsfetzen und durchdringender Radiomusik, aus überlauten Fernsehstimmen und dem Kreischenschleudern der Gemeinschaftswaschmaschinen zieht sich durch die hohen Flure. Irgendwo ist Bratfett verbrannt, der Dunst hängt sich beißend in die Luft. Tobende Kinder wuseln hin und her und stolpern über die Füße der Erwachsenen, die versuchen, ihren Alltag hier irgendwie in geordnete Bahnen zu lenken. Zart besaitete Gemüter könnten vermuten, das Heim sei hoffnungslos überbelegt. Mitnichten. "Unser Haus ist

beinahe voll", konstatiert Schluer. Klar, daß Schwierigkeiten und Konflikte programmiert sind, wenn man derart viele Menschen aus den verschiedensten Regionen und Kulturen auf so engem Raum zusammenpfercht. Stephan Schluer kennt die Probleme der Leute: "Viele haben auf der Flucht nach Deutschland Furchtbares durchgemacht. Und dann landen sie nach einer wahren Behördenodyssee in einer Massenunterkunft wie dieser, wo sie sich mit wildfremden Menschen auf engstem Raum arrangieren müssen, wo ihnen so gut wie nichts gehört, wo es praktisch keinerlei Privatsphäre gibt." In solch einem Pulverfaß entzündeten sich Konflikte oft schon an einer Bagatelle. Schluer berichtet auch von schwerwiegenden Angstproblemen: "Ich habe hier Kinder, die sind bei ihrer Flucht buchstäblich über Leichen gegangen. Kein Wunder, daß sie vollkommen traumatisiert sind." Es ist eben nicht allein die entwürdigende Wohnsituation der Flüchtlinge, die Aggressionen oder auch depressive Krankheitsbilder bis hin zur akuten Suchtgefährdung auslöst. Die Menschen sind im wahrsten Sinne des Wortes entwurzelt. Sie haben Heimweh und zugleich panische Angst vor der ständig drohenden Abschiebung. Hier in Deutschland sind sie vollkommen isoliert. Eine Integration in die sie umgebende Wohl-

Wie leben Asylbewerber in Münster?

Menschenwürde gibt es nicht auf Gutschein!

standsgesellschaft findet nicht statt, ist auch nicht erwünscht: Schließlich sollen sich die Fremden gar nicht erst an die Annehmlichkeiten des Hierseins gewöhnen! Die Flüchtlinge bekommen Sozialhilfe nach dem AsylbLG, doch die reicht nicht einmal für das Allernotwendigste. Sie unterliegen strengen Auflagen des Arbeitsamtes, sodaß sie - wenn überhaupt - nur unter großen Schwierigkeiten eine Arbeitsstelle finden. Sie haben keinerlei Perspektive. Sie dürfen nur eines: warten. Ein Kanther-Sieg auf der ganzen Linie? Es scheint so.

Wie sieht eigentlich der Leidensweg eines Flüchtlings durch das Dickicht der deutschen Instanzen aus? Elke Pieck, Beraterin bei der 'Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.' (GGUA), gibt Auskunft: "Man muß zwei Gruppen von Asylsuchenden unterscheiden: diejenigen, die ihren Erstantrag auf Asylgewährung bei der 'Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge' in der Röntgenstraße stellen, und diejenigen, die der Stadt Münster von der Landesstelle des Regierungspräsidenten Amsberg in Unna-Massen zugewiesen werden." Wer es irgendwie, beispielsweise mit der ebenso zweifelhaften wie teuren Hilfe einer Schlepperorganisation, geschafft hat, die Einwande-

rungsbarrikade des Art. 16a GG bis ins heimelige Münster zu unterwandern und hier seinen Erst-Asylantrag zu stellen, wird zunächst nach allen Regeln der Kriminalkunst erkennungsdienstlich behandelt. Mit freundlicher Unterstützung des beim Bundeskriminalamt (!) angesiedelten 'Automatisierten Fingerabdruck-

Fluchtgründe und -wege zu befragen. Dieser Termin ist die einzige Chance der Asylsuchenden, ihren Antrag zu begründen. Sie sind sich über die Bedeutung dieser Befragung meist gar nicht im Klaren, zumal sie regelrecht kaserniert sind und eine Verfahrensinformation durch Beratungsstellen wie die GGUA deshalb nicht möglich ist. Das soll sich allerdings nach dem Willen der rot/grünen Ratsmehrheit zum Jahreswechsel ändern: Sie wird - vorausgesetzt, die Landesregierung stimmt zu - in der Röntgenstraße eine Beratungsstelle für Flüchtlinge einrichten, die von den münsterschen Flüchtlingsorganisationen gemeinsam getragen und voraussichtlich von der GGUA besetzt wird. Wer seine Anhörung hinter sich hat, landet in der vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) betreuten Erstaufnahmeein-

richtung in der Steinfurter Straße 105 (nicht zu verwechseln mit dem Übergangswohnheim). Hier bleiben die Flüchtlinge bis zu einer Dauer von drei Monaten und warten auf die Entscheidung des Bundesamtes über ihren Antrag. Während dieser Zeit haben sie keine Möglichkeit, ein auch nur annähernd selbstbestimmtes Leben zu führen (richtig, davon steht ja auch etwas im Grundgesetz!). Sie werden durch Großküchen versorgt



Eine Freistätte? Eingangsbereich des Asylbewerberheimes in der Röntgenstraße

Foto: Weist

Identifizierungssystems' (AFIS) stellt die Ausländerbehörde fest, ob der betreffende Asylbewerber schon einmal einen Antrag in Deutschland gestellt hat. So inszeniert man vom ersten Tag an die pauschale Kriminalisierung der Asylsuchenden. Daß die Antragstellerinnen durch die meist strapaziöse Flucht geschwächt und verstört sind, hindert das Bundesamt nicht daran, die Flüchtlinge so schnell wie möglich über ihre

und erhalten fast ausschließlich Sachleistungen sowie ein Taschengeld in Höhe von 18,95 Mark pro Person und Woche. Sie dürfen sich keine Arbeit suchen, sind jedoch bei Aufforderung verpflichtet, sogenannte gemeinnützige Arbeiten zum Stundenlohn von 2,- Mark zu leisten. Das sind dann in der Regel Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten im Heim. Wie schön für das DRK: Da spart es sich die Kosten, die professionelle Dienstleister für solche Arbeiten berechnen.

Die materielle Versorgung der in Deutschland lebenden Flüchtlinge regelt das AsylbLG. Das Gesetz unterscheidet zwei Personengruppen: Asylsuchende im ersten Jahr ihres Verfahrens erhalten um 20 Prozent gekürzte Sach- bzw. Geldleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) (§1). AsylbewerberInnen mit mehr als einem Jahr Verfahrensdauer kommen dagegen in den Genuß der BSHG-Regelsätze (§2). Ein alleinstehender Flüchtling bekommt nach §1 AsylbLG ganze 400,-

Mark im Monat. Hiervon muß er, bis auf die Miete, sämtliche Lebenshaltungskosten bestreiten. Wohl dem, der die Riten der Askese beherrscht...

Das AsylbLG führt den Beweis: Menschenrecht ist teilbar! Elke Pieck von der GGUA weist auf eine weitere Gefahr hin, die hinter dieser Regelung lauert: "Das Asylbewerberleistungsgesetz definiert erstmals eine ganze Personengruppe aus der sozialrechtlichen Grundversorgung heraus. Hierfür genügt ein einziges Kriterium, nämlich Flüchtling zu sein." Das AsylbLG, fährt Pieck fort, habe Modellcharakter: Es exerziere bei unerwünschten Ausländern vor, was jederzeit auch für einheimische Randgruppen wie Arme, Obdachlose oder Arbeitslose bittere Wirklichkeit werden kann.

Immerhin gibt es auch kleine Lichtblicke. So hat die rot/grüne Ratsmehrheit die bisher praktizierte Verga-

be von Wertgutscheinen an Asylsuchende zum 1. Juli dieses Jahres auf Bargeldleistungen umgestellt. Damit hat die entwürdigende Bevormundung und auch das demütigende Schaulaufen der Flüchtlinge an den klingelnden Supermarktkassen endlich ein Ende. SPD-Ratsherr Udo Reiter, Mitglied der Ratskommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen, unterstreicht: "Die Umstellung auf Bargeldleistungen trägt zur Gleichstellung aller Flüchtlinge und zur Beendigung der massiv diskriminierenden Lebenspraxis von Ausländern bei." Besonders

Arzt aus Äthiopien beispielsweise dürfte hier nicht mal als Pfleger arbeiten." Mit ihrem Wunsch, eine Berufsausbildung anzufangen, scheitern jugendliche Ausländer nicht selten an der starren Haltung des Sozialamtes, das normalerweise keine Material- und Lemmittelkosten übernimmt. Hier verpricht sich Udo Reiter einiges von der Arbeitsmarktiniziativa Münster (AIM): "Mit AIM-Geldern können wir in absehbarer Zeit Qualifizierungsprojekte an den Start bringen, die auch den Kindern von Asylsuchenden zugute kommen werden." Reiter denkt dabei auch an fachlich betreute Maß-

nahmen zur Wohnraumschaffung in leerstehenden Kasernen.

AsylbewerberInnen, die arbeiten wollen, müssen auf eigene Faust Firmen abklappern und dort versuchen, eine Stelle aufzutun. Das sind dann meistens schlecht bezahlte und in der Regel auch nicht arbeitsvertraglich abgesicherte Jobs. Wer das Glück hatte, einen freien Arbeitsplatz zu finden, sollte sich nicht zu früh freuen. Er muß

diese Stelle nämlich dem Arbeitsamt melden. Und das sucht während einer vierwöchigen Sperrfrist händelnd nach Deutschen oder EU-Ausländern, die es auf den fraglichen Job vermitteln kann. Elke Pieck von der GGUA hat da schon einiges miterlebt: "Ich kenne Leute, denen Deutsche auf diesem Weg gleich mehrmals einen Job vor der Nase weggeschnappt haben. Das sorgt natürlich für eine Menge Frust." Da verwundert es nicht, daß viele Flüchtlinge die Arbeitssuche nach einem oder zwei Jahren entmutigt aufgeben. Mit den hinlänglich bekannten persönlichen Folgen: Alkoholsucht, Aggressionen, Depressionen, psychosomatische Erkrankungen. Der Flüchtling an sich ist eben auch nur ein Mensch.

Wie war das noch? "Die Würde des Menschen ist unantastbar....". Aber das hatten wir ja schon.

mw



freut sich Reiter darüber, daß die Sozialverwaltung die Einführung der Bargeldregelung konstruktiv mitgetragen hat. Und noch eines bestärkt Reiter in der neuen Flüchtlingspolitik des Rates: "Münster hat Signalwirkung auf Umlandgemeinden, die früher eine zum Teil sehr restriktive Gutscheineinregelung hatten. Diese Gemeinden, zum Beispiel Greven, stellen jetzt auch auf Barzahlungen um."

Bleibt noch die Frage nach den Möglichkeiten der Asylsuchenden, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit selbst zu bestreiten. Auch nach Ablauf des dreimonatigen Arbeitsverbotes sieht es nicht eben rosig aus. Stephan Schluer erklärt: "Die meisten der Leute haben natürlich große Sprachprobleme, und das Arbeitsamt zahlt ihnen keine Sprachkurse mehr. Hinzu kommt, daß die im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen hier bei uns meist nicht anerkannt werden - ein

Sozialer Kahlschlag, oder: Wo der Seehofer hinlangt, wächst bald kein Blümchen mehr

Wo, bitte, geht's hier zum Sozialstaat?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat mit spitzem Bleistift nachgerechnet: 1985 (soso: damals schon!) haben die steurmüden BürgerInnen von 1.692 Milliarden Mark Einkünften lediglich 956 Milliarden Mark zur Versteuerung angemeldet. Beim Geldvermögen schaute der Fiskus noch viel sparsamer aus der klammen Wäsche: 2.336 Milliarden Mark lagen hier und da auf der hohen Kante, besteuert wurden davon gerade mal 375 Milliarden Mark. Die Steuergewerkschaft schätzt das Sümmchen, das unser oberster Finanzchef (ja, genau: der mit den buschigen Augenbrauen und dem gutturalen Timbre) Jahr für Jahr an Steuereinnahmen verschenkt, auf läppische 100 Milliarden Mark. Die staatlich bestellten Spar-Schweine indes halten sich nach altem Brauch an denen schadlos, die nun wirklich nichts mehr zu verschenken haben. Das Rezept ist einfach: Man nehme 49 Milliarden Mark Sozialhilfekosten, mixe sie gründlich durch, lasse die eine oder andere Milliarde unter den Tisch fallen und backe kleinere Brötchen. Den ohnehin viel zu kalorienreichen Arbeitslosenhilfe-Kuchen entschlacke man um schlappe 3,6 Milliarden Mark und garniere ihn stattdessen mit deutlich weniger ABM-Rosinen. Guten Appetit, Deutschland.



"Mit diesem blöden Sozialstaat
spiele ich nie wieder
Verstecken!"

Foto: Weist

Hier also ein kurzer Überblick über die Highlights der Seehofersch-Blümchen Marterphantasien.

Sozialhilfekürzung bei Arbeitsverweigerung

SozialhilfeempfängerInnen, die eine zumutbare Beschäftigung vorzeitig beenden oder ablehnen, müssen zukünftig in jedem Fall mit einer 25%igen Kürzung ihres Sozialhilfe-Regelsatzes rechnen. Bisher gab es hier - zumindest auf dem Papier - einen Ermessensspielraum für das Sozialamt.

Gegenseitige Unterhaltungspflicht in Wohngemeinschaften

Zukünftig unterstellt das Sozialamt generell, daß Sozialhilfebedürftige, die in Wohngemeinschaften leben,

von ihren MitbewohnerInnen finanziell unterstützt werden, auch wenn diese hierzu in keiner Weise rechtlich verpflichtet sind. Die AntragstellerInnen müssen dann nachweisen, daß die MitbewohnerInnen finanziell nicht in der Lage sind, Unterhaltszahlungen zu leisten. Im Klartext: Sämtliche WG-Mitglieder müssen ihre finanziellen Verhältnisse offenlegen. Was das beispielsweise für eine alleinerziehende Sozialhilfeempfängerin bedeutet, die aus Geldmangel auf einen WG-Platz angewiesen ist, liegt auf der Hand.

Förderung der Arbeitsaufnahme

Das Sozialamt übernimmt originäre Funktionen der überforderten Arbeitsverwaltung. Arbeitgeber, die SozialhilfeempfängerInnen einstellen, kas-

sieren für einen begrenzten Zeitraum deren Sozialhilfe als Lohnkostenzuschuß. Eine ganz neue Variante, Vermittlerstellen beim Arbeitsamt einzusparen....

Lohnabstandsgebot

Die SPERREN 2/95 und 3/95 haben sich bereits eingehend mit diesem Thema beschäftigt. Das Lohnabstandsgebot soll dafür sorgen, daß der sogenannte Anreiz zur Arbeit erhalten bleibt. Dumm ist nur, daß etwa zwei Drittel der SozialhilfeempfängerInnen aus Alters-, Gesundheits- oder familiären Gründen überhaupt nicht in der Lage sind, eine Arbeit aufzunehmen. Insofern ist der Lohnabstandsmaßstab also schlicht untauglich. (Fortsetzung S. 22)

Kluge Köpfe haben es auch nicht leicht. Da macht man sich Gedanken zu den drängendsten Problemen der Gegenwart, entwickelt differenzierte Theorien, vielleicht sogar Lösungsansätze und dann Mitten im schönsten Gedankengang fällt einem wieder so ein vorlauter Talkshow-Moderator in den Schritt, oder die Bundestagspräsidentin weist einen dezent daraufhin, daß man die Redezeit überschritten habe. Und erst die Nachrichten - man darf zwar über alles reden, nur nicht über eine Minute dreißig. Wo man doch gerade erst zum Eigentlichen kommen wollte. Bei uns können und dürfen sie zum Eigentlichen kommen. Dafür stellen wir Prominenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur die epische Breite von zwei ganzen Seiten zur Verfügung, sofern sie etwas zu Arbeit und Soziales zu sagen haben. In der letzten Ausgabe nutzte Kerstin Müller, Fraktionssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag diese einmalige Gelegenheit (noch einmal vielen Dank!). Diesmal konnten wir Herrn Dr. Gregor Gysi, den Vorsitzenden der Abgeordnetengruppe der PDS im Deutschen Bundestag als Gastautoren gewinnen.

uwi

Für ihn ist Massenarbeitslosigkeit



Foto: Sandberg

"Keine Sache von Problemgruppen"

Von Dr. Gregor Gysi

Und Gregors rote Korsaren stammen aus 'nem Film', hieß es in der Glosse "Meuterei auf der 'Bonn'ty'" (SPERRE 1/95, S.8) auf die Frage, wer denn die notwendige Meuterei gegen die Kohl-Blümsche Sozialstaats-Demontageanführen sollte. Weder wäre *Der rote Korsar* der richtige Film noch *Pitcairn* ein lohnendes Ziel. Viel spannender und produktiver als die Frage nach möglichen AnführerInnen erscheint mir die Frage, wie es überhaupt zu einer "Meuterei" kommen kann, welche Ziele sie verwirklichen will und wie diese erreicht werden können. Und da verfügt die PDS längst

nicht über fertige Antworten auf alle Fragen, womöglich sogar über weniger Antworten als Fragen. Statt ausgedientem Führungsanspruch haben wir "nur" das Angebot, die Antworten auf gemeinsame Fragen in produktiver Auseinandersetzung zu suchen. Und die entscheidende, weitreichendste Frage steht seit über 150 Jahren: Wie läßt sich die ursozialistische Auffassung verwirklichen, wonach alle gesellschaftlichen Verhältnisse abgeschafft gehören, in denen der Mensch ein geknechtetes, geknebeltes Wesen ist, in denen er unterdrückt, um seine Wünsche, Bedürfnisse, ja um das Lebensnotwendige an Einkommen,

Arbeit, Wohnung betrogen wird, kurz: Wie läßt sich die Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie die Unterordnung der menschlichen Lebensbedürfnisse unter das kapitalistische Verwertungskalkül beseitigen?

Die steigende Sockelarbeitslosigkeit und die hohe Massenarbeitslosigkeit resultieren nicht aus einer verfehlten Wirtschaftspolitik, sondern aus einer verfehlten Wirtschaftsordnung. Wer Marktwirtschaft sagt, muß auch Arbeitslosigkeit sagen. Das wußten die Mütter und Väter des Sozialstaatsprinzips und versuchten, die Gleichgültigkeit und Ignoranz der Kapitalverwertung gegenüber den individuellen

und gesellschaftlichen Ansprüchen der lohnabhängigen Menschen auf ein "gutes Leben" partiell zurückzudrängen, abzumildern. Der Zweck des Sozialstaats erschöpft sich nicht in der sozialen Absicherung individueller Notlagen der "wirklich Bedürftigen", worauf ihn die Kohl-Riege in Gestalt einer unzureichenden "Grundversorgung" zurückschneiden will, sondern sein klassenpolitischer Stellenwert erstreckt sich gerade auch auf die soziale Si-

Mindestmaß an Handlungs- und Entscheidungsfreiheiten. Eine Gesellschaft, die systematisch Erwerbslosigkeit hervorbringt, der sechs bis sieben Millionen bezahlte Arbeitsplätze fehlen, hat als erste Verpflichtung, die soziale und demokratische Teilhabe arbeitsloser Menschen sicherzustellen. Eine soziale, bedarfsorientierte Grundsicherung ist die Voraussetzung für demokratische, emanzipatorische Wege aus der Massenarbeitslosigkeit.

ge, in der Regel unbezahlte Reproduktionsarbeit ("Hausarbeit") zu übernehmen; dauerhafte Förderung eines neuen öffentlichen Beschäftigungssektors im ersten Arbeitsmarkt, der möglichst genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Zusammenschlüssen zu organisieren ist und soziale, kulturelle und ökologische Tätigkeiten gewährleisten soll, die vom "freien Markt" mangels Profitabilität nicht erbracht werden können, gleichwohl aber gesellschaftlich notwendig sind. Unterstützt werden muß diese Politik durch die Orientierung an lokalen, regionalen und gesellschaftlichen Bedürfnissen bei der Vergabe anderer staatlicher Mittel und durch eine Erneuerung des Solidarprinzips, die dem Prinzip folgt: Weg von der Beitrags-erhebung auf Lohnbasis, hin zu ertrags- und ökologisch orientierten Abgabesystemen, was nebenbei eine erhebliche Verringerung der Lohnnebenkosten bringen würde.

Wenig Konkretes? Fürwahr. Natürlich hätte ich an dieser Stelle auch versichern können, daß die PDS die Seehofer'sche Sozialhilfe reform bekämpft, daß die PDS solchen "ar-

"Eine Gesellschaft, der sechs bis sieben Millionen bezahlte Arbeitsplätze fehlen, hat als erste Verpflichtung, ...

cherung der "Nichtbedürftigen". Er definiert Mindeststandards für die betriebliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit, für die Höhe der Löhne und Gehälter und die Verteilung der volkswirtschaftlichen Einkommen. Er erlaubt es den einzelnen Menschen, krank zu sein, ohne sich zum Arbeitsplatz schleppen zu müssen, arbeitslos zu sein, ohne jede Arbeit annehmen zu müssen. Er untergräbt die direkte Wirkung der Marktgesetze, der Konkurrenz gegeneinander. Und indem er dem einzelnen Arbeitslosen ein gewisses Auskommen sichert, schützt er die "Solidargemeinschaft der Versicherten" insgesamt. Ein Sozialstaat, der diesen Namen verdient, untergräbt die Notwendigkeit und die Bereitschaft, sich den Marktmechanismen bedingungslos zu unterwerfen. Ohne Sozialstaatlichkeit ist eine demokratische Gesellschaft nicht denkbar, und Demokratie ist die Voraussetzung dafür, daß die Menschen das Ruder selbst in die Hand nehmen können.

Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der nicht bei einer autoritären Verwirklichung des Slogans "Lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" in Gestalt von Gemeinschafts-, Pflicht- und Zwangsarbeiten endet, ist die Finanzierung der ökonomischen Existenz von Arbeitslosen. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung erhält den arbeitslosen Männern und Frauen ein

Millionenfache Arbeitslosigkeit ist keine Sache von "Problemgruppen", der man mit "zielgruppenorientierten Maßnahmen" beikommen kann. Sie ist vor allem eine Herausforderung an die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte, ob sie sich mit der Normalität von Massenarbeitslosigkeit abfinden und sie nur noch verwalten wollen - oder ob sie sie als Aufforderung zur politischen

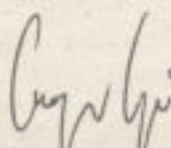
... die soziale und demokratische Teilhabe arbeitsloser Menschen sicherzustellen."

Wende begreifen und die Krise des Erwerbsarbeitssystems als politische Chance zur Entwicklung einer sozialen, emanzipatorischen und ökologischen Maßstäben folgenden Gesellschafts-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nutzen.

Solche Antworten auf die strukturelle Arbeitsmarktkrise sieht die PDS in drei Richtungen: Rigorose Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens durch eine allgemeine und einschneidende Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit sozial gestaffeltem Lohnausgleich; Herstellung von gleichberechtigten Zugangsmöglichkeiten für Männer und Frauen, um ihre Existenz durch bezahlte Arbeit zu sichern und gleichzeitig gesellschaftlich notwendi-

beitsmarktpolitischen Instrumenten wie START-Leiharbeit ablehnend gegenübersteht und eine Ausweitung der arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen fordert. Doch wer hätte dann entscheiden können, ob er in der Richtung der PDS mit nach Antworten suchen und für konkrete Schritte in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik suchen will?

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Gregor Gysi

Betriebsrat tagt am Feierabend

Die Mitglieder eines Betriebsrates haben keinen Anspruch auf Lohnzahlungen durch ihre Firma, wenn sie Sitzungen außerhalb der üblichen Arbeitszeiten durchführen. Als Begründung führt das BAG die Ehrenamtlichkeit dieser Tätigkeit an.

BAG Az.: 4 AZR 445/93

uli

Hilfebedürftigkeit bei Pfändung einer Grundrente (§ 54 Abs. 3 Nr. 2 SGB I)

Die Pfändung einer Grundrente, die nicht zu dem nach § 76 BSHG zu berücksichtigenden Einkommen gehört, führt nicht zur Hilfebedürftigkeit i.S. von § 54 Abs. 3 Nr. 2 SGB I und ist daher insoweit zulässig.

OLG Stuttgart Az.: 8 W 254/92; ZfP 1995, Heft 1, S. 13

uli

Kein Pflegegeldanspruch bei Krankenhausbehandlung

Bei vollstationärer Krankenhausbehandlung besteht kein Pflegegeldanspruch, weil es sich nicht mehr um häusliche Pflege handelt. Das gilt auch für vorübergehende vollstationäre Betreuung, die im fraglichen Falle lediglich sieben Wochen dauerte. Ob die Anreizfunktion des Pflegegeldes noch erfüllt werden kann, wenn etwaige Leistungen des Pflegebedürftigen an pflegende Angehörige ausbleiben, ist allerdings äußerst fraglich.

OVG NW Az.: 24 A 3762/91; ZfSH/SGB 1994, Heft 6, S. 302-304

uli

Aufstockung des Krankengeldes bei niedrigem Schlechtwettergeld

Anspruch auf Krankengeld hat nur derjenige, der beitragspflichtiges Arbeitsentgelt erhält. Ist das Arbeitsentgelt niedriger als das Krankengeld, weil der Versicherte Schlechtwettergeld bezieht, so hat der Versicherte einen Anspruch auf Krankengeld in Höhe des Differenzbetrages zwischen Arbeitsentgelt und Krankengeld.

SG Dortmund Az.: S 8 Kr 169/93

Streitigkeiten nach dem AsylbLG kostenfrei

Streitigkeiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) unterfallen der Sozialhilfe im Sinne von § 188 Satz 1 VwGO und sind daher gerichtskostenfrei.

uli

OVG NW Az.: 8 B 174/94; ZfSH/SGB 1994, Heft 7, S. 368

Konkursausfallgeld für Urlaubsabgeltung (§ 141 b Abs.1 AFG)

Ein Arbeitnehmer hat nach § 141 b Abs.1 AFG einen Anspruch auf Konkursausfallgeld, wenn er bei der Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers für die letzten drei Monate des Arbeitsverhältnisses vor Konkurseröffnung noch Ansprüche auf Arbeitsentgelt hatte. Dazu zählen auch Ansprüche auf Abgeltung bereits erarbeiteten Urlaubs. Diese Ansprüche sind vor der rechtlichen Beendigung des Arbeitsverhältnisses zuzuordnen. Der Anspruch auf Konkursausfallgeld scheitert auch dann nicht, wenn das Arbeitsverhältnis erst nach dem Insolvenzzzeitpunkt endet. Er ist jedoch ausgeschlossen, soweit der Arbeitnehmer unter erkennbarer Urlaubsgewährung von der Arbeit freigestellt war. In diesem Fall besteht nämlich kein Urlaubsabgeltungsanspruch.

BSG Az.: 12 RAr 6/93; NZS 1995, Heft 2, S.90-91 uli

Solidaritätszuschlag auch für Arbeitslose

Das Arbeitsamt darf bei der Berechnung von Arbeitslosengeld und -hilfe den Solidaritätszuschlag und die Arbeitnehmerzuschläge zur Pflegeversicherung abziehen. Das hat das BSG in einem Musterverfahren entschieden. Davon betroffen sind alle Leistungsempfänger. Arbeitslosengeld und -hilfe müssen laut Gesetz um die Abzüge vermindert werden, "die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen". Der DGB, der 100.000 Widersprüche zu wenigen Musterverfahren zusammengefaßt hatte, sah den Solidaritätszuschlag nicht als "gewöhnlich anfallend" an, weil die Abgabe zeitlich befristet sei. Dem folgten die Richter nicht. Ihrer Auffassung zufolge sei der Solidaritätszuschlag als "gewöhnlich anfallender Abzug" anzusehen, auch wenn er möglicherweise später gestrichen werde, hieß es in der Urteilsbegründung.

BSG Az.: 7 RAr 28/95 uli

Immer verfügbar sein?

Ist ein Arbeitsloser an mehreren Tagen der Woche ortsbewegend, ohne daß die Tage der Abwesenheit von vorne herein feststehen und dem Arbeitsamt bekannt sind, so steht er dem Arbeitsamt zur Arbeitsvermittlung durchgängig nicht zur Verfügung und hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn dadurch die Vermittlung des Arbeitslosen erheblich erschwert oder vereitelt wird. Das BSG entschied dies im Fall eines Jugoslawen, der sich jede Woche, aber an unterschiedlichen Wochenabschnitten, nach Jugoslawien begab, was dem Arbeitsamt nachträglich bekannt wurde. Das BSG hält die Bundesanstalt für Arbeit zur Rückforderung des gesamten Arbeitslosengeldes und nicht nur das für die Tage der Abwesenheit bezogenen Geldes für berechtigt, da es für die Frage der Verfügbarkeit des Arbeitslosen nur auf seine Erreichbarkeit für das Arbeitsamt, nicht aber auf tatsächliche Vermittlungsversuche des Arbeitsamtes ankomme.

BSG Az.: 11 RAr 43/91 uli

Erziehungsgeld und Arbeitslosengeld/-hilfe

Wer wegen des Bezuges von Erziehungsgeld eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder den Bezug einer Lohnersatzleistung unterbricht, dem wird die Erziehungsgelddauer bei einer Neuberechnung von Arbeitslosengeld als Anwartschaftszeit angerechnet, also einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gleichgestellt, dies gilt auch für den Fall, daß die Arbeitslosenhilfe (nach § 2 Abs.4 Erziehungsgeldgesetz) zum Erziehungsgeld weitergezahlt worden ist. Die Arbeitslosenhilfe ist hier dem Charakter nach keine Lohnersatzleistung, sondern ähnelt der Sozialhilfe.

BSG Az.: 7 RAr 62/94 uli

Hilfe zum Lebensunterhalt für Teilnehmer eines Berufsausbildungslehrganges (§ 26 BSHG)

Nur eine berufliche Ausbildung in Betrieben oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten stellt eine gemäß § 40 AFG förderungsfähige Ausbildung dar, für die ein Hilfeanspruch gemäß § 26 BSHG ausgeschlossen ist. Ein der Berufsausbildung dienender Lehrgang mit ganztägigem Vollzeitunterricht hat dagegen schulischen unterrichtsbezogenen Charakter und ist nicht als berufliche Ausbildung zu qualifizieren.

BVerwG Az.: 5 C 1/91, NDV 1994, Heft 8, S.313 -314 uli

Die Umweltwerkstatt Hilstrup verbindet Arbeit und Umwelt

Wissen Sie, wie eine "Partnerschaukel" funktioniert? Wenn nicht, besuchen Sie den "Sinnespark" auf dem Gelände des Alexianerkrankenhauses / Haus Kannen (Fachklinik für Psychiatrie) in Münsters Südwesten! Dort steht nämlich eine. Den in Deutschland einzigartigen "Sinnespark" haben die MitarbeiterInnen der *Umweltwerkstatt Hilstrup* angelegt. Hier weiß man, wie man problematische Sachen am besten schaukelt. - Indem man die richtigen Partner zusammenbringt: Arbeit und Umwelt, Beschäftigung und Qualifizierung, Behinderte und Nicht-Behinderte. Diese Philosophie macht die *Umweltwerkstatt* zu einer zukunftssträchtigen Beschäftigungsinitiative, die Langzeitarbeitslosen Wege in den Arbeitsmarkt ebnet.

Im Jahr 1988 gründeten Hilstruper Vereine, alle Parteien und interessierte Einzelpersonen die *Umweltwerkstatt Hilstrup*. Die evangelische Gemeindediakonie übernahm die Trägerschaft. Gemeinsames Ziel war und ist es, Arbeitslosigkeit und Ökologie auf Stadtteilebene miteinander zu verknüpfen. Arbeitslose sollen bei tariflicher Entlohnung zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten im naturnahen Garten- und Landschaftsbau leisten. 1989 starteten dann die ersten Projekte. Bis 1992 gestaltete die *Umweltwerkstatt* einen Kirchvorplatz, Spielplätze, Innenhöfe und einen Schulgarten. Zwölf Menschen konnten im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingestellt und qualifiziert werden. Dieses Angebot richtete sich zunächst an junge Arbeitslose bis 25, inzwischen auch an andere Altersgruppen.

Dann brachte ein Buch von Hugo Kükelhaus über die "Entfaltung der Sinne" die Sozialpädagogin der *Umweltwerkstatt*, Birgit Bazan, auf eine Idee, mit der die Hilstruper beweisen sollten, daß auch gemeinnützige Beschäftigungsinitiativen große Projekte meistern können. Nach Kükelhaus verkümmern die menschlichen Sinne Hören, Riechen, Fühlen und Schmecken. Die Folge: Der Mensch gerät aus dem Gleichgewicht, wird anfälliger für Krankheiten der Seele und des Körpers. Kükelhaus entwickelte vielfältige Erfahrungsfelder, die die Sinne wieder entfalten und sensibilisieren sollten. "So etwas", dachte sich Birgit Bazan, "müßte eingebettet sein in eine Parklandschaft. Dann könnte man die Menschen auf eine Sinnesreise schicken." Ein Zusammentreffen mit Mitgliedern des "Round Table", die an einem Glühweinstand in der City Geld für die "Partnerschaukel" sammelten, tat ein übriges. Eins kam

Partner auf der Schaukel



Arbeitslosigkeit - ein Labyrinth ohne Ausweg? Die *Umweltwerkstatt* weiß, wo's rausgeht. Labyrinthstein im Sinnespark. Foto: *Umweltwerkstatt*

zum anderen. Die Idee des "Sinnesparkes" war geboren. Die *Umweltwerkstatt* erarbeitete ein Konzept; und "mit dieser Mappe unterm Arm" machte man sich auf die Suche nach Partnern und Finanziers. Zwei Jahre später war es soweit. Mit von der Partie waren die Bundesanstalt für Arbeit, die Stiftung Wohlfahrtspflege, Haus Kannen, die Gemeindediakonie Hilstrup und Round Table. Münsters damaliger Oberbürgermeister Jörg Twenhöfen übernahm die Schirmherrschaft. Als die 17 MitarbeiterInnen der *Umweltwerkstatt* nach zwei Jahren den "Sinnespark" fertiggestellt hatten, war Münster um eine Attraktion reicher. Die in die Parklandschaft einbetteten Erlebnisfelder reichen von Klangkörpern wie Summsteinen, klingenden Windspielen und einem Murmelturm bis hin zu einer Balancierscheibe, einem Kräuter- und Duftgarten, Wassertrittsteinen, einem

Fußerfahrungsfeld usw. usw. Da der Park allen offen steht, verbessert sich nicht nur die Lebensqualität der Patientinnen. Er trägt auch dazu bei, Berührungspunkte zwischen Behinderten und Nicht-Behinderten abzubauen. Der Gärtner der *Umweltwerkstatt* bekam eine feste Stelle beim Haus Kannen.

Seit Oktober 1994 legte die *Umweltwerkstatt* einen "Gerontogarten" für altersverwirrte Personen an und gestaltet zur Zeit drei Stationsgärten um. Das nächste Projekt ist der Schulhof der Kreuzschule in Münster. Birgit Bazan baut auf zusätzliche Aufträge der Stadt, die erstmals die *Umweltwerkstatt* finanziell unterstützt. Noch etwas: Zum 1. Oktober 1995 sucht die *Umweltwerkstatt* neue MitarbeiterInnen: Wer ABM-berechtigt, langzeitarbeitslos und interessiert ist, melde sich unter Tel.: 02501 / 13739. uwi



Wilmer hielt die Luger auf mich gerichtet; mit der anderen Hand tastete er mich ab: "Er ist sauber, Boß".

"Mr. Sperre, es ist schon spät. Deshalb komme ich ohne Umschweife zur Sache", sagte der 'Dicke Mann'. "Sie haben etwas in Ihren Besitz gebracht, was wir gerne zurückhaben möchten."

"Sie meinen das Buch", antwortete ich. "Das Buch, das Ihnen gebietet, den Schwachen und Armen beizustehen, Frauen gleiche Rechte einzuräu-

Schreibtisch fuhr ein Mann in einem Rollstuhl an seine Seite. Er war sehr schmal und hatte einen spärlichen Haarwuchs. Er reckte seinen Oberkörper und flüsterte dem 'Dicke Mann' etwas ins Ohr. "Gut, Mr. Sperre", sagte der 'Dicke Mann' und nickte Wilmer zu. Wilmer trat an den Wandschrank und zog dessen Schiebetür beiseite. Dort lag Holly! Geknebelt und gefesselt! "Um es einmal in unmißverständliche Worte zu kleiden," sagte der 'Dicke Mann', "wenn Sie nicht spüren, wird Wilmer Ihre bezaubernde Sekretärin zu etwas verarbeiten, was meinem Leibgericht nicht unähnlich sieht: zu Saumagen." Wilmer grinste und wandte seinen Kopf Holly zudrehend, das Gesicht von mir ab. Mit einem Satz sprang ich ihn an, riß sein Jackett am Kragen auseinander und zog es über die Schultern so weit an beiden Seiten herunter, daß er seine Arme nicht bewegen konnte. Ich versetzte ihm einen linken Aufwärtshaken gegen das Kinn, und er brach bewußtlos zusammen. Ich entriß ihm die Luger und richtete sie auf die beiden Männer hinter dem Schreibtisch. In der rechten Hand des Rollstuhlfahres blitzte das Mündungsfeuer einer Webley auf. Die Kugel streifte meine Stirn und schlug in der Statuette in Form eines schwarzen Falken ein, die hinter mir im Regal stand. "Lassen Sie Ihr Spielzeug fallen", sagte ich. "Die Party ist vorbei, Gentlemen." Der Mann im Rollstuhl gehorchte.

"Und jetzt raus hier!" Kleinmütig begaben sich die beiden Männer auf meine Bürotür zu. Während sie auf dem Flur vor dem Lift warteten, schleppte ich Wilmer mit einer Hand am Kragen hinaus. "Vergeßt Euren kleinen Liebling nicht." "Triumphieren Sie nur nicht zu früh, Mr. Sperre", sagte der 'Dicke Mann'. "Wir brauchen das Buch nicht. Fast alle Richter der Stadt stehen auf unserer Lohnliste, und die bestimmen immer noch, wie die Paragraphen auszulegen sind." "W-w-wir k-k-können auch a-anders", stotterte der Mann im Rollstuhl. Ich knallte die Tür zu, ging zum Wandschrank und löste Hollis Fesseln. "Bist Du okay, Süße?", hauchte ich und zog ihr den Knebel aus dem Mund.

"Sie haben eine Fahne, Boß." uwi

"In der Hitze der Nacht"

Mix mir noch einen Manhattan, Rick. "Es wird Zeit, daß Du nach Hause gehst, Sam." "Einen noch ...". "Okay, aber dann ruf ich Dir ein Taxi. In Deinem Zustand darfst Du nicht mehr fahren." "Mein Packard ist sowieso in der Werkstatt", lallte ich. Rick wischte mit einem weißen Tuch über den Tresen. "Trinken ist keine Lösung, Sam. Finde Dich damit ab, daß Holly für immer gegangen ist." Ich leerte mein Glas. "Wenn Du weiterhin solchen Unsinn schwafelst, Rick, ist dies das Ende einer großen Freundschaft." Ich torkelte hinaus. Der Asphalt schwitzte glänzend in der Hitze der Nacht. Die Neonbeleuchtung über der Tür spiegelte sich seitenverkehrt in der Windschutzscheibe des Taxis: 'Café Americain'. Ich gab dem Fahrer die Adresse meines Büros an. Die wenigen Stunden bis zum Morgen wollte ich dort auf dem Diwan schlafen. Als ich mein Büro betrat, bohrte sich der Lauf einer Luger in meinen Rücken, bevor ich den Lichtschalter betätigen konnte. Dann flammte meine Schreibtischlampe auf. "Guten Abend, Mr. Sperre. Wir warten schon eine geraume Weile auf Sie." Ich konnte das Gesicht des Mannes hinter dem Schreibtisch nicht sehen. Die Lampe war so weit hinuntergedrückt, daß nur sein mächtiges Doppelkinn und sein fülliger Oberkörper beleuchtet waren. Aber die Stimme hätte ich unter tausenden erkannt. Es war der 'Dicke Mann', der Boß des Syndikats! "Filz ihn, Wilmer."

men, den politisch Verfolgten Asyl zu gewähren und das Eigentum der Reichen für gemeinnützige Zwecke in die Pflicht zu nehmen." "Erraten. - Wir möchten einige leichte Änderungen daran vornehmen." "Vergessen Sie's", sagte ich, "ich habe es doch gerade deshalb in meinen Gewahrsam gebracht, weil Ihre Leute schon zuviel darin herumgestrichen haben." "Mr. Sperre, wir machen Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ausschlagen können." "Ich bin nicht käuflich. Und wenn Ihr 'Gorilla' mich umlegt, erfahren Sie nie, wo sich das Buch befindet." "Wir wollen Sie nicht kaufen. Ganz im Gegenteil. Wilmer hat sogar ein kleines Geschenk für Sie." Wilmer stellte eine Topfpflanze vor mir auf, die in braunes Pergamentpapier gehüllt war. "Machen Sie's nur auf", sagte der 'Dicke Mann' mit leisem Kichern. Ich riß das Papier herab. Es war Hollis Ficus, den sie damals mitgenommen hatte, als sie mich verließ! "Wo ist sie? Was habt Ihr Schweine ...?" "Aber, Mr. Sperre, wo bleibt denn Ihre gute Kinderstube. - Es geht ihr gut. Als sie Ihnen so kopflos davonrannte, lief sie dem guten Wilmer direkt in die Arme. Sie brennt darauf, Sie wiederzusehen." "Woher weiß ich, daß sie noch lebt?" "Glauben Sie wirklich, daß wir uns an einer wehrlosen Frau vergreifen?" "Abgesehen davon, daß Holly alles andere als wehrlos ist. Ohne ein Lebenszeichen - kein Buch. Habe ich mich klar genug ausgedrückt?" Der 'Dicke Mann' überlegte. Aus dem Dunkel neben dem

* Siehe: "Belle de jour"; SPERRE 3/95, S.15

Soziale Grundsicherung



Der Zug zurück in die finsternen Zeiten von Ausbeutung und Massenelend ist schon im Anrollen. Alte Menschen scheuen oft den Gang zum Sozialamt. Soziale Grundsicherung könnte Abhilfe schaffen.

Foto: SPERRE

Ein Plädoyer für "den unmenschlichsten Staat, den man sich denken kann"

"... den unmenschlichsten Staat, den man sich denken kann, weil er die Menschen intensiver versklavt, als es die klassische Sklaverei vermocht hat." Dieses vernichtende Urteil aus dem Munde Martin Bangemanns meint nicht etwa das Dritte Reich oder ehemalige Ostblock-Diktaturen. Nein - gemeint ist jenes 'Terrorregime', das seit 46 Jahren tüchtige Unternehmer drangsaliert und den Wirtschaftsstandort Deutschland knebelt: die **Soziale Marktwirtschaft!**

Die Bangemanns kommen und gehen. Die Bundesregierung peitscht weiter auf den ungeliebten Sozialstaat ein. Unter dem verheißungsvollen Etikett "Bürgergeld" verspricht sie zwar jedem Menschen eine materielle Grundversorgung, die über eine "Negative Einkommensteuer" und Bürokratieabbau verwirklicht werden soll. Daß dieses Konzept nicht zu finanzieren ist, daß es die Armen ärmer und die Reichen reicher macht und seine Folgen Hungerlöhne, miese Arbeitsbedingungen und Massenelend heißen, haben wir gezeigt. Die Sozialhilfe 'deform' demonstriert, wohin die Reise gehen soll: zurück in die Lohnsklaverei der Vor-Bismarck-Ära! Hat die Opposition diesem Rückfall in finsternen Manchester-Kapitalismus etwas entgegenzusetzen? Sie hat. - Zumindest theoretisch. SPD, PDS und

Bündnis 90/Die Grünen plädieren - zwar nicht gemeinsam, aber weitgehend übereinstimmend - für ein Mindesteinkommen, das einen Ausweg aus der "Armutsfalle" zeigt. Es heißt: **Soziale Grundsicherung.** Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Sozialstaatlichkeit. Hauptaufgabe des Sozialstaates ist es, dem Einzelnen ein angemessenes Einkommen zu sichern. Nur so ist ein eigenverantwortliches Leben in Freiheit und Würde möglich. Dies hat das Bundesverfassungsgericht am 18. Juli 1967 ausdrücklich bestätigt. Soziale Marktwirtschaft muß allen die Möglichkeit geben, in ausreichendem Maße am geschaffenen Wohlstand teilzuhaben. Seit 1982 (!) sind die Einkommen deutscher Unternehmer viermal so stark gestiegen wie die Einkommen von

Lohnempfängern. Die Nettoeinkommen von Arbeitnehmern stagnieren seit 1980, obwohl das Bruttosozialprodukt zwischen 1980 und 1990 um 23% gewachsen ist. Die oberen 10% der Einkommenbezieher verfügen über die Hälfte des gesamten Vermögens in Deutschland. Die unteren 50% der Einkommenbezieher bringen es gerade mal auf 2,5% davon. Diese Vermögensverteilung nähert sich der eines Entwicklungslandes. Dieser Zustand verstößt eindeutig gegen die Verfassung. Armut fällt nicht vom Himmel. Wachsende Bedürftigkeit, Explosion der Kosten und Überforderung der sozialen Sicherungssysteme gehen zu einem erheblichen Teil auf das Konto der christlich-liberalen Koalition. Es gibt zur Zeit ca. 2,5 Mio. Sozialhilfeempfänger in Deutschland.

Sozialversicherung ergänzen, nicht ablösen

Soziale Grundsicherung will dagegen Armut verhindern, die bestehenden Sozialversicherungssysteme stärken und die Sozialhilfe wieder auf ihre eigentliche Aufgabe zurückführen, nämlich wenige individuelle Restrisiken regulieren, statt Massenarbeitslosigkeit auffangen zu müssen.

Bürgergeld soll uns den Verzicht auf das bewährte System einer beitragsfinanzierten Sozialversicherung schmackhaft machen. Daß sich in diesem trojanischen Pferd noch andere zweifelhafte Morgengaben befinden, davor warnen selbst konservative Wirtschaftsexperten: Aus dem Rechtsanspruch auf soziale Absicherung soll ein Almosen werden, das deren Empfänger auf Gnade und Ungnade den Mächtigen ausliefert.

Soziale Grundsicherung ist alles andere als ein Gnadenbrot. Leistung soll sich lohnen. Wer durch Arbeit zum Wohlstand der Gesellschaft beiträgt, erwirbt ein Recht auf Sozialleistungen, die über das Grundeinkommen, das allen zusteht, hinausgehen. Soziale Grundsicherung will die bestehenden sozialen Sicherungssysteme nicht ablösen, sondern durch Sockelungsbeträge in Höhe des Grundeinkommens ergänzen.

Zwei Bündel des sozialen Netzes

Der Volkswirt Konrad Stopp hat ein Modell zur Sozialen Grundsicherung entwickelt. Stopp unterscheidet zwei "Bündel des sozialen Netzes": I. Die Sozialversicherung und II. Das Sozialeinkommen.

Bündel I: Sozialversicherung

Bündel I ist das hergebrachte System der Kranken-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, das wie bisher über Beiträge von Arbeitnehmern und -gebern finanziert werden soll.

Bündel II: Sozialeinkommen

Bündel II, das Sozialeinkommen, soll ein "Ersatzeinkommen bei langfristigen Ausfall von Erwerbseinkommen"

sein. Stopp unterteilt das Sozialeinkommen in das eigentliche Grundeinkommen und eine zusätzliche Sozialrente.

Grundeinkommen

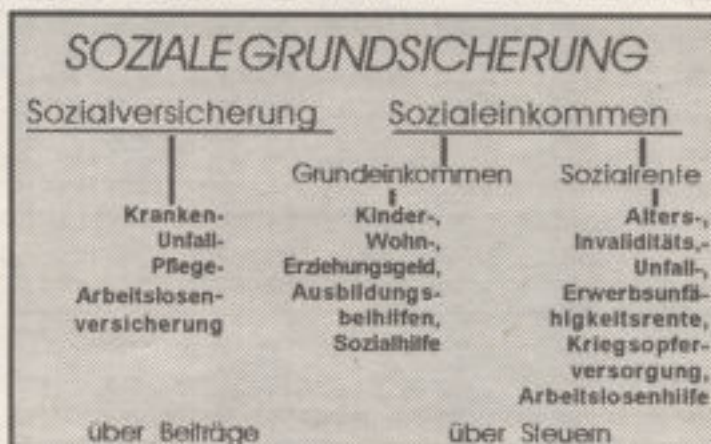
Auf das Grundeinkommen hat jeder Mensch ein Recht, der über gar kein Einkommen verfügt oder über eins, das unter dem Existenzminimum liegt. Die SPD schlägt einen Betrag vor, der 15% über dem Sozialhilferegelsatz zusätzlich einmaliger Beihilfen liegen soll. Das waren 1992 monatlich 803,- DM für Alleinstehende und 1350,- DM für Verheiratete. Dieser Vorschlag liegt allerdings unterhalb der EU-Richtlinien zur Einkommensarmut. Danach müßten die Sozialhilfessätze um etwa 30% höher liegen. Die PDS fordert im Einklang damit für einen Alleinstehenden monatlich 1300,- DM plus Wohngeld. Der SPD-Vorschlag würde ca. 17 Mrd. DM im Jahr zusätzlich kosten. Diese Ausgaben würden aber durch Ein-

erarbeiteten Lebensstandard. Neu ist der Vorschlag, Sozialrente über Steuern zu finanzieren. Damit bezieht sie nicht nur Arbeiter und Angestellte ein, sondern alle Erwerbstätigen, auch Beamte, Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie Mütter und Väter, die Erziehungsarbeit leisten.

Soziale Grundsicherung unterscheidet sich wesentlich von der Mogelpackung Bürgergeld: Sie ist finanzierbar. Sie entlastet die Kommunen. Sie kann wirksam Armut bekämpfen. Sie wirkt wie ein Mindestlohn: Niemand wird durch wirtschaftliche Not gezwungen, schlecht bezahlte, miese Jobs anzunehmen. Sie erspart den oft als diskriminierend empfundenen Gang zum Sozialamt und erreicht damit diejenigen, die bisher aus falscher Scham auf Sozialleistungen verzichtet haben. Sie sichert den sozialen Frieden und den Unternehmen kaufkräftige Konsumenten.

Doch: Grau ist alle Theorie. Was die SPD in Oppositionszeiten vertritt, muß

sie nach einem Wahlsieg noch lange nicht in die Tat umsetzen. Bisher wurde sie kaum ihrem Anspruch gerecht, "Schutzmacht der kleinen Leute" zu sein: 1993 stimmte sie Sozialhilfekürzungen und der Verschärfung des



sparungen bei den Kommunen wieder aufgefangen. Das Grundeinkommen soll Kinder-, Wohn- und Erziehungsgeld sowie Ausbildungsbeihilfen und Sozialhilfe bündeln. Es soll ausschließlich über Steuern finanziert werden.

Sozialrente

In der Sozialrente werden die Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, die Kriegsopferversorgung, aber auch die Arbeitslosenhilfe aufgefangen. Sozialrente steht nicht jedem zu. Sie setzt mehrjährige Erwerbstätigkeit voraus. So belohnt sie Leistung und sichert den individuell

Lohnabstandgebotes zu. Die bayrische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt verunglimpft Sozialleistungsempfänger als "Menschen, die diesen Staat ausbeuten" und will Arbeitslose "mit Druck" in Arbeit bringen. Gerhard Schröder plädiert für Samstagsarbeit. Für Rudolf Scharping ist die SPD "zu eingeeengt als Partei der sozialen Gerechtigkeit". Pforzheims OB Joachim Becker (SPD) spricht sich sogar unverblümt für Bürgergeld und eine Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger aus.

Wo der politische Wille fehlt, ist die Vernunft machtlos. Dies wußte schon Friedrich Schiller: "Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens." *umi*

Kinder alle(in) erziehen

"Das Schöne daran sieht man nicht sofort"

"Die der Mutter geschuldete Fürsorge der Gemeinschaft umfaßt die Verpflichtung des Staates, darauf hinzuwirken, daß die Schwangerschaft nicht wegen einer (...) materiellen Notlage abgebrochen wird. Ebenso sind Nachteile, die einer Frau aus der Schwangerschaft für Ausbildung und Beruf erwachsen können, nach Möglichkeit auszuschließen. Dem Staat obliegt es, (...) den Umständen nachzugehen, die die Lage der schwangeren Frau und Mutter zu erschweren geeignet sind und sich im Maße des rechtlich und tatsächlich Möglichen und Verantwortbaren um Abhilfe und Erleichterung zu bemühen. Das betrifft nicht nur den Gesetzgeber, sondern auch Regierung und Verwaltung." (Bundesverfassungsgericht 1993, Ausführung zur Neuregelung des § 218)

Geschichtliches

"Alleinerziehende sind kein neues soziales Phänomen. In vorindustrieller Zeit, als noch weitreichende Eheverbote herrschten, waren sie weit verbreitet. Erst seit 1868 konnten in Preußen jeder Mann und jede Frau heiraten und seit 1871 im gesamten Deutschen Reich. Nach dem zweiten Weltkrieg war der Anteil der Ein-Eltern-Familien sehr hoch, da viele Mütter verwitwet waren bzw. viele Väter in Kriegsgefangenschaft waren. (...) 1992 wurden 12 Prozent aller Kinder von Alleinerziehenden großgezogen." (Sozialmagazin, 7-8 1995).

"Hab und Gut haben lange eine Trennung verhindert."

Wenn sie auch in langen Konflikten erfolgen, sind es sehr bewußte Entscheidungen, wenn sich Partner trennen oder gar nicht erst zusammen leben. Etwa dreiviertel aller Ein-Eltern-Familien entstehen übrigens aus getrennten Ehen oder Ehen 'ohne Trauschein'.

Die Herangehensweise an die fraglos problematische Lage von Alleinerziehenden und ihren Kindern ist nicht moralisch zu sehen. Dahinter verbergen sich individuelle Änderungen in der Lebensform von Menschen, die auf sich verändernde gesellschaftliche Werte und Lebensbedingungen reagieren und entsprechend agieren. "Der Glaube an die 'wundersame' Lei-

stungsfähigkeit der Zwei-Elternfamilie führt dazu, daß die Erziehungsfähigkeit von Alleinerziehenden kritischer beurteilt wird und viele Alleinerziehende diesen kritischen Blick auf die eigenen Erziehungsleistungen übernehmen. Richtig ist jedoch, daß jede Familienform Chancen und Risiken in sich birgt." sagt Prof. Dr. Marianne Meinhold von der Evangelischen Fachhochschule Berlin auf der Bundesdelegiertenversammlung 1995 des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV).

"Manchmal wünscht man sich jemanden, mit dem man teilen kann."

Allein-zuständig-sein, die Power allein aufbringen, das schildert uns eine alleinerziehende Mutter von vorschul- und schulpflichtigen Kindern als ihre schwierigste Aufgabe. "Es gibt keine Entlastung in der Verantwortung, bei Entscheidungen, Arbeiten und der Organisation des Alltags. Der große Mangel besteht darin, daß es zu wenige Kitas (Kindertagesstätten) gibt, zu wenige Kindergartenplätze, schlechte Öffnungszeiten, keine Übermittagsbetreuung für Schulkinder in Schulen."

Wußten Sie, daß 85 Prozent aller Alleinerziehenden Frauen sind? Wiederum 85 Prozent aller alleinerziehenden Frauen sind erwerbstätig (Sozialmagazin, s.o.). Die Organisation des Haushalts ist in zeitregelnde Vorgaben von Kindergarten, Schule,



Foto: Besse

Ladenschlußzeiten und berufliche Arbeitszeiten eingebettet. Prof. Meinhold dazu: "Symptome von Überforderung in Ein-Eltern-Familien sind kein Beweis für 'Unfähigkeit' oder eine falsche Familienform, sie weisen lediglich darauf hin, daß unterstützende Ressourcen und Entlastungen fehlen. (...) Das Gelingen mütterlicher Berufstätigkeit hängt nicht allein vom guten Willen der beteiligten Familienangehörigen ab, sondern vor allem von den unterstützenden Systemen rund um die Familie herum." abe

Erziehungsgeld für arbeitslose Eltern

Erziehungsgeld und Arbeitslosengeld

Eine Frau hat bis kurz vor der Geburt eine befristete Stelle, nach deren Ablauf sie berechtigt ist, Arbeitslosengeld zu beziehen. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts (AZ 11 RAR 11/91) vom 30.9.1992 kann in diesem Fall die Arbeitslosenhilfe den noch bestehenden Arbeitslosengeldanspruch verdrängen. Das heißt, sie kann kein Arbeitslosengeld erhalten, sondern muß Arbeitslosenhilfe beantragen. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld verfällt aber nicht. Sie kann ihn wieder geltend machen, wenn sie dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung steht.

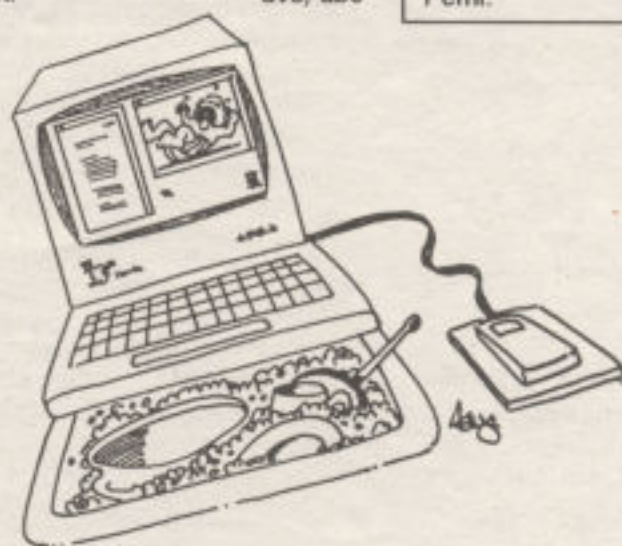
Erziehungsgeld und Arbeitslosenhilfe

Das Erziehungsgeld beträgt 600,- DM monatlich und wird für 24 Monate gezahlt. Arbeitslose Frauen können nach der Geburt eines Kindes in Erziehungsurlaub gehen und neben Erziehungsgeld weiterhin Arbeitslosenhilfe beziehen - so steht es ausdrücklich im Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG, § 2 Abs. 4). Das Arbeitsamt kann verlangen, daß sie fürs Arbeitsamt erreichbar sind, aber nicht, daß sie für eine Arbeit oder für eine Fortbildung zu Verfügung stehen. Arbeitslosenhilfe und Erziehungsgeld werden nicht gegenseitig angerechnet, sondern voll gezahlt. Das Arbeitsamt macht bei der Beantragung der Arbeitslosenhilfe auch eine Bedürftigkeitsprüfung, in der zunächst andere Einkommensmöglichkeiten, eventuelle Unterhaltsansprüche und Vermögen herangezogen werden. Diese Prüfung der Bedürftigkeit ist jedoch nicht so engherzig wie beim Sozialamt. Lassen Sie sich vom Arbeitsamt nicht an das Sozialamt verweisen. Lassen Sie sich beraten. Übrigens gilt das auch für Väter. Der § 1 BERzGG sagt: Auch Ehegatten

oder nicht mit der Mutter verheiratete, leibliche Väter von Neugeborenen können Erziehungsgeld (und nebenher Arbeitslosenhilfe) beziehen. Der Vater muß aber mit dem Kind zusammenleben und es selbst erziehen. In bestimmten Fällen kann zur Arbeitslosenhilfe auch ergänzende Sozialhilfe beantragt werden.

Erziehungsgeld und Sozialhilfe

Außer bei Krösus und Co. müssen alle, die arbeitslos sind und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe haben, Sozialhilfe beantragen. Das wird besonders haarig bei alleinerziehenden Studentinnen und Studenten. Die Möglichkeit, für weitere Semester BAFöG-Beihilfe zu beantragen haben nur Studentinnen, die während des Studiums ein Kind bis zu fünf Jahren betreuen und erziehen. Sie müssen sich exmatrikulieren, wenn sie Sozialhilfe beantragen wollen. avo, abe



D.i.N.o.

heißt 'Dienst im Notfall'. Wird z.B. ein Kind plötzlich krank und die Eltern müssen arbeiten, vermittelt D.i.N.o. unverzüglich zuverlässige Betreuerinnen, die ihre Kinder bei ihnen zu Hause betreuen oder Kinder zu sich in die Familien aufnehmen.

D.i.N.o. ist ein Projekt im Verband Alleinstehender Mütter und Väter e. V. (VAMV) und ist nach dem Modell der Düsseldorfer 'Kinderbetreuung im Notfall K.I.N.D.' entstanden. Dort arbeiten mittlerweile 80 Betreuerinnen und 20 Babysitter.

Auch in Münster ist die Arbeit bereits angelaufen. Wenn Sie sich informieren möchten, wenden Sie sich an den: VAMV, Grevener Straße 89, 48159 Münster, Tel. 29 71 00.

Ansprechpartnerin ist Sigrid Femi. abe

Kinder, Krankheit, Knete...

...heißt ein Informationsblatt zur Finanzierung der Kinderbetreuung im Krankheitsfall. Was finanziert die Krankenkasse, wenn ein Elternteil oder ein Kind erkrankt ist?

Herausgegeben haben es der 'Arbeitskreis Alleinerziehende' und das 'Projekt Alleinerziehend'. Es ist kostenlos erhältlich beim Verband Alleinstehender Mütter und Väter VAMV, der Sozialhilfeberatung im c.u.b.a. SIC, Achtermannstr. 10 - 12, 48143 Münster, Tel.: 51 88 80 und in vielen anderen Beratungsstellen. abe

Geld oder Leben?

Was ist der Sinn wirtschaftlichen Handelns? Ganz platt gesagt: aus einem Haufen Geld einen größeren Haufen Geld machen. Alles, was Wirtschaft sonst noch soll, wie z. B. Wohlstand und bessere Lebensbedingungen für alle schaffen, schreibt die Politik ihr vor - oder auch nicht.

"Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt", sagt Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt. Die Politik soll sich da raushalten. So weit wollte Ludwig Erhard nie gehen: In der Sozialen Marktwirtschaft sollte der Staat den 'Schiedsrichter' machen, damit beim freien Spiel der Kräfte nicht zu viele auf der Bahre hinausgetragen werden müssen. So wurde Deutschland Weltmeister: vergleichsweise hohe Sozialleistungen, mehr oder weniger akzeptable Löhne, zeitweilig sogar

Vollbeschäftigung. Doch außerhalb des Spielfelds auf den billigen Rängen starb ein Großteil des Zwangspublikums wie die Fliegen an Hunger und Verzweiflung. Was soll's? Bei uns ging's rund. Und das Spiel war im vollen Gange.

Anfang der 80er Jahre stellte sich der 'Schiedsrichter' selbst vom Platz. Das ohnehin fadenscheinige Fair-Play mußte nun endgültig dem Recht des Stärkeren weichen. "Immer auf die Kleinen", so lautet die Spielstrategie von Bundestrainer Helmut Kohl und seinem Chef, dem DFB - 'Pardon, Arbeitgeber' - Präsidenten Klaus Murmann. Es ließ sich nicht mehr verheimlichen. Man hatte jahrzehntelang auf Kosten seiner Mitmenschen gespielt, die in immer größerer Zahl auf unseren gepflegten Rasen drängten, um ihr Recht auf Leben einzufordern. Aber noch etwas anderes verlangte seinen Tribut: Luft, Wasser, Bodenschätze, Holz. Die hatte es doch immer für lau gegeben. Jetzt sollten diese Ressourcen plötzlich teures Geld kosten. Je mehr sie zur Neige gehen, desto mehr geht es uns ans Leder, und zwar nicht nur an das des Portemonnaies. Soll uns wirklich alles genommen werden - Geld und Leben?

Szenenwechsel: Japan, Ölkrise 1973. Die Industrie stöhnt unter den hohen Ölpreisen. Was macht die japanische Regierung? Auf den ersten Blick etwas völlig Irrsinniges. Sie erhöht die Mineralölsteuer. Heute ist Japans Wirtschaft die Nummer Eins in der Welt. Unter anderem deshalb, weil sie intelligente Lösungen finden mußte, mit wenig Öl auszukommen. Politik steuert Wirtschaft - zu deren eigenem und zu aller Nutzen.

Erneuter Szenenwechsel: Europa - USA, ab Mitte der 80er Jahre: Die Industrie stöhnt unter den angeblich zu hohen Abgaben für Arbeit, Umwelt und Soziales. Was machen die westlichen Regierungen? Etwas völlig Irrsinniges: Sie öffnen dem Kapital alle Grenzen - Europäischer Binnenmarkt, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT), Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) usw., usw. ... Die Folge: Das herrenlose Kapital vagabundiert ungehindert dahin, wo Arbeit und Soziales billig und die Umweltauflagen gering sind. Wieso? - Damit aus dem Haufen Geld ein größerer Haufen Geld wird. Das ist sein einziger Sinn. Erhards Schiedsrichter-Staat wird zum taubblinden Nachtwächter. Solange, bis überall auf der Welt - auch bei uns - Arbeit und Soziales billig und die Umweltauflagen gering sind.

Wirtschaft steuert Politik - zu unser aller Schaden.

Die Unternehmer verblöden. Solange es Arbeit und Umwelt quasi zum Nulltarif gibt, muß niemand nach intelligenten Lösungen suchen.

Die Politik dankt ab, und ihre Hinterlassenschaft heißt Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Flüchtlingseльд, Waldsterben, Ozonloch, Sommersmog, Treibhauseffekt, Müllberge und Verkehrschaos.

Die kurzfristigen Interessen der Wirtschaft nach größerem Profit triumphieren über langfristige Menschheitsinteressen.

Die Frage nach Geld oder Leben scheint beantwortet.

Das Spiel ist aus. Alle haben verloren. Noch dazu durch lauter Eigentore. uwi



Ohne eine intelligente Umwelt- und Sozialpolitik hat dieser 'Kleine Mann' wenig Aussichten auf eine rosige Zukunft. Fotos: SPERRE

Geld und Leben!

Isst damit alles am Ende? Nicht, wenn man die richtige Lehre aus dem japanischen Beispiel zieht. Kein: 'Von Japan lernen heißt, siegen lernen'. Sondern: 'Wirtschaft geht, wohin wir wollen. Hauptsache, die Kasse stimmt'. Wirtschaft ist nur das Zugtier. Es hat den Karren in den Dreck gesetzt. Aber wenn wir es an der richtigen Seite neu anspannen, holt es ihn wieder heraus. Marktwirtschaft reagiert auf bürokratischen Verordnungswahn wie ein störrischer Esel, auf die Aussicht, einen guten Profit zu machen dagegen, wie ein Vollblut.

Auf dieser Erkenntnis fußt die Idee einer *ökologischen Steuerreform*. Ökosteuern steuern auf dieses Ziel: 'Wirtschaft sanieren, Arbeitsplätze schaffen, Umwelt retten'. Geht dies wirklich alles unter einen Hut? Es geht: Heute wird in einer menschlichen Arbeitsstunde zwanzigmal soviel geschaffen wie vor 150 Jahren.

Wachsende Löhne zwangen die Unternehmer, die Produktivität pro Arbeiter ständig zu erhöhen. Unternehmer sparen an dem, was ihnen teuer zu stehen kommt. Wenn wir Unternehmer zu einem sparsamen Umgang mit Energie und Rohstoffen bringen wollen, müssen die Preise dafür "die ökologische Wahrheit" sprechen. Der Staat muß diese knappen Güter teuer machen. Die Energieproduktivität - also die Menge an Wohlstand, die man in einer Kilowattstunde schaffen kann - hat sich seit Beginn der Industrialisierung kaum erhöht. Theoretisch genügt ein Viertel des heutigen Energieverbrauchs, um unseren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Vorausgesetzt wir sparen, wo immer es geht, verhalten uns energiebewußt, benutzen eine intelligente Technik und schaffen eine entsprechende Infrastruktur. Dies sagt Ernst Ulrich von Weizsäcker.

In diese Richtung denken und handeln Unternehmer aber nur, wenn es sich für sie rechnet. Die Mehrausgaben für Energie und Rohstoffe müssen also aufgefangen werden. Mit den Einnahmen aus der Ökosteuer lassen sich die Lohnnebenkosten finanzieren. Arbeit wird billiger, Strom teurer. Die Kosten für Massenarbeitslosigkeit sind fast genauso hoch wie die Kosten tariflich bezahlter Arbeit. Kann man dieses Geld nicht als Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zahlen, die ökologisch sinnvolle Arbeitsplätze schaffen? Ökosteuern allein reichen nicht aus, um die Lohnnebenkosten zu tragen. Sie fressen sich selbst auf, wenn sie bewirken, was sie bewirken sollen. Je mehr Energie Unternehmen einsparen, desto weniger Steuern müssen sie zahlen. Schafft Umweltschutz mehr Arbeitsplätze? Umweltfreundliche Produktion ist meist arbeitsintensiver. Das Umweltbundesamt schätzt, daß Umweltschutz im Jahr 2000 über eine Millionen Arbeitsplätze geschaffen haben wird; vor allem im "nachsorgenden Umweltschutz". Die ökologische Situation verbessert sich dadurch nicht wesentlich. Ökosteuern zielen auf *Vermeidung* statt *Nachsorge*. Wieviel Arbeitsplätze letztendlich dabei herauspringen, kann heute niemand sagen. Ökosteuern werden die Gesellschaft verändern. Bezahlte Arbeit verliert ihren prägenden Charakter. Eigen- und Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe etc. spielen eine gleichwertige Rolle. Ökosteuern sind damit nur in Kombination mit einer "Sozialen Grundversicherung" realisierbar. Ökologie ist mit einem Jahresumsatz von 55 Mrd. DM schon jetzt ein lukrativer Zukunftsmarkt. Für den Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewußtes Management (B.A.U.M.) heißt unterlassener Umweltschutz, "auf gewaltige Einsparchancen zu verzichten". Mehr Umweltschutz ist der Ausweg aus der Krise, lautet das Credo seiner 450 Mitglieder von Henkel bis Obi, vom Otto-Versand bis Bosch. Die großen Wirtschaftsverbände und die energieintensiven Branchen mauern immer noch. Dabei könnte es sofort losgehen. Die EU-Kommission hat im Mai 1995 den Mitgliedstaaten erlaubt, Energiesteuern auch im Alleingang einzuführen.

Worauf warten wir noch? Uns bleibt keine Wahl.

UWJ



**Ökosteuern
machen
Kilowatt-
stunden
arbeitslos
nicht
Menschen**

Vom Laufstall auf die Straße -
Kleinst-Demonstrant steht für sein Recht
auf Leben ein. Weiter so, Deutschland!

(Fortsetzung von S. 9: 'Wo, bitte,...')

Marktwertfeststellung

Bisher war es Verwaltungspraxis, die Arbeitslosenhilfe jeweils nach Ablauf von drei Jahren herabzustufen. Das soll sich nun ändern. In kürzeren Abständen wird zukünftig - beispielsweise im Rahmen kurzzeitiger Arbeitstrainingsmaßnahmen - das vom Arbeitslosen am Arbeitsmarkt erzielbare Entgelt ermittelt. Eine demütigende Nabelschau für jeden Betroffenen. Der notwendige Verwaltungsaufwand dürfte enorm sein, Widersprüche en masse sind zu erwarten. Bildungsträger und Betreiber von Übungsfirmen reiben sich schon jetzt die Hände.

Beschäftigungsmaßnahmen

Für die generell arbeitsscheuen Beziehenden von Arbeitslosenhilfe wird man demnächst andere Saiten aufziehen und sie öfter als bisher in Beschäftigungs- und Trainee Maßnahmen stecken. Erklärtes Ziel ist dabei, die Arbeitsbereitschaft und -fähigkeit der betroffenen Personen abzuheben und so, wo immer möglich, deren 'Marktwert' (siehe oben) und damit auch den Leistungssatz zu drücken.

Bedürftigkeitsprüfung

Die Feststellung der Bedürftigkeit von ArbeitslosenhilfeempfängerInnen soll zukünftig analog zur Regelung bei der Sozialhilfe gestaltet werden. Das heißt: Nur wer weniger als 2.500,- Mark besitzt (bisher: 8.000,- Mark) erhält Arbeitslosenhilfe. Die Finanzämter sind befugt und verpflichtet, dem Arbeitsamt Auskünfte über die Vermögenslage des Antragstellers zu erteilen. Wem das Kopfzerbrechen bereitet, der muß seine Immobilien eben der Großtante mütterlicherseits überschreiben und seine mobilen Reichtümer im Koffer nach Luxemburg retten....

Streichung der originären Arbeitslosenhilfe

Wer über 150 Tage und unter einem Jahr versicherungspflichtig gearbeitet hat oder aus einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis kommt, konnte bisher Arbeitslosenhilfe erhalten, seit 1994 allerdings nur noch

ein Jahr lang. Ab 1996 soll es damit ganz vorbei sein. Dies ist finanziell der Hauptposten der geplanten 'Reform' der Arbeitslosenhilfe. Er drängt eine ganze Gruppe von Arbeitslosen in die Sozialhilfe und geht dementsprechend auch zu Lasten der Gemeinden als Sozialhilfeträger. Wie war das noch mit der Reduzierung der Sozialhilfeaufwendungen? Ach ja: siehe oben.

Für viele Arbeitslose geht mit der Arbeitslosenhilfe auch der Anspruch auf Unterhaltsgeld für eine vom Arbeitsamt geförderte Fortbildung oder Umschulung verloren.

'Arbeitnehmerhilfe'

Dieser Lohnzuschuß für Arbeitslose erinnert schon vom Namen her verdächtig an die berühmt-berüchtigten 'Hilfen zur Arbeit' mit ihren 2-Mark-Jobs. Er soll die Arbeitslosen anregen, auch gering bezahlte und befristete Saisonarbeiten zu übernehmen. Ein (un)feiner Trick: Man zwingt die Leute in Beschäftigungsverhältnisse ohne jede Perspektive und ermuntert nachgerade die Saisonbetriebe (beispielsweise den deutschen Gemüsebau), auch zukünftig auf die Einrichtung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu verzichten. avo, mw

Das Neueste vom Münster-Paß

Beten allein bringt's nicht,

....denn daß Gott mit Vorliebe denen hilft, die sich selbst helfen, ist ja hinlänglich bekannt. Deshalb hat die SPERRE ihr in- nigstes Anliegen, nämlich die Einführung eines Sozialausweises für bedürftige Personengruppen in Münster, beherzt in die eigenen Hände genommen (die SPERRE berichtete mehrfach). Sie

hat einen 'Arbeitskreis Münster-Paß' ins Leben gerufen, der die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Herausgabe des Sozialausweises durch die Stadt Münster erarbeitet hat.

Der Arbeitskreis machte es sich zunutze, daß man in anderen Städten bereits vielfältige Erfahrungen in Sachen Sozialausweis gesammelt hat. So stand Wolf-Eberhard Becker, Verwaltungsleiter des Sozialamtes Bielefeld, den Mitgliedern der münster-



Foto: Wiedenstried

schen Initiative Rede und Antwort zum 'Bielefeld-Paß', einem Sozialausweis, der 1984 eingeführt wurde. Die Diskussion der Bielefelder Erfahrungswerte und ihre Hochrechnung auf die münsterschen Verhältnisse brachte eine ganze Reihe positiver Aha-Ergebnisse. Eines davon

ist besonders schön: Das Vorhaben wird mit etwa 700.000,- Mark für die Stadt nicht annähernd so teuer, wie es die hiesigen Abwiegungs-Politiker gerne hätten (vgl. SPERRE 1/95). Deren Horrorszenerarien malten Kosten von zwei Millionen Mark an die Rathauswand.

Der 'Arbeitskreis Münster-Paß' hat inzwischen einen Ratsantrags-Entwurf vorgelegt, auf dessen Basis SPD und GAL einen entsprechenden Antrag formulieren und möglichst bald einbringen wollen. mw

Münstersche Heilpraktikerschule

Wir bieten an:

Fundierte Ausbildung zum/zur Heilpraktiker/in
in Theorie und Praxis

Fortbildungsseminare für Heilpraktiker/innen

Information: Naturheilpraxis R. U. Rüller

Warendorfer Str. 84, 48145 Münster, Tel. 0251/3 31 33 u. 3 39 33

Diese Frau bleibt wohl nur dem guten Sam Sperre ein ewiges Rätsel. Unserer Gewinnerin, **Marie-Luise Dunker** aus Münster, dagegen ging schnell ein Licht auf. Sie hatte nicht nur Glück, sondern auch die richtige Lösung des SPERRE - Preisausschreibens 3 / 95: **"HOLLY"**.

Sams 'bezaubernde' Sekretärin ist die einzige Nuß, an der sich unser Meisterdetektiv die Zähne ausbeißen wird - oder auch nicht? Der Gewinnerin wünschen wir 'Guten Appetit' beim 'Dinner for two' im Café-Bistro GLOBAL. Manchmal macht sich 'Köpfchen' sogar für den Magen bezahlt.

Nun zu unserem neuen Rätsel:

1995 steht nicht nur im Zeichen zahlreicher Trauerspiele dieser unserer Regierung. 1995 ist auch das Jahr der Lichtspiele. "100 Jahre Kino" gehen natürlich an der SPERRE nicht spurlos vorbei. Deshalb verlosen wir diesmal **zwei 10er - Karten fürs "cuba - kino"**. Gestiftet haben diesen Preis die **"Rosa Linse"**, **"Schwarze Witwe"** und **"Vamos"**. Wie üblich, beziehen sich alle Fragen auf Artikel in dieser Ausgabe. Gesucht wird das Wort, das unser Benjamin 'Blüm'chen aus Bonn nie benutzt haben will. Wie auch immer - zukünftig will er ArbeitslosenhilfeempfängerInnen vorschreiben, zu welchem Wert sie ihre Haut zu Markte tragen dürfen. **Einsendeschluß** ist der **10. Oktober 1995**. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Das Lösungswort ergibt sich aus den umrandeten Buchstaben, und zwar von oben nach unten.

AKADEMIE ÜBERLINGEN

Institut für Fortbildung und Umschulung
Greverer Str. 220 48159 Münster
Tel. 0251/27 10 41

Umschulung zur/zum

Bürokauffrau/-mann

bzw. zur/zum

**Kauffrau/-mann für
Bürokommunikation**

Umschulungsbeginn: 09. Oktober 1995

Kursdauer: 21 Monate

(incl. Praktikum) /Vollzeit

Abschlußprüfung vor der IHK

Ausführliche Informationen persönlich
oder telefonisch erteilt Ihnen gern Herr
Hollinger. Eine Förderung nach dem
Arbeitsförderungsgesetz ist möglich.

**Benjamin , Dir geht es wie dem Gras,
wo Seehofer hinlangt.**

— — — — —

**Altgriechisches Wort für Freistätte; aus dem deutschen
Sprachraum abgeschoben**

— — — — —

**In diesem Stadtteil Münsters werkelt man wie von Sinnen für
die Umwelt**

— — — — —

Neudeutsches Kurzwort für Kindertagesstätte

— — — — —

**Ihnen geht es wie der SPERRE: Sie kämpfen gegen dumme
Politik oft vergebens, behauptet Friedrich Schiller**

— — — — —

Killer, der sich um Sam Sperres Sauberkeit sorgt

— — — — —

Ihr Vater war zwar nie allein-, dafür aber steuerhint- erziehend

— — — — —

**Wirtschaftsminister, obwohl erfolglos, mit seinem (könig-
lichen) Latein am Anfang**

— — — — —

"Enger-Wohnen" - Kiste, in die man Asylbewerber verfrachtet

— — — — —

Ü / Ö = Ein Buchstabe



Arbeitslose brauchen Medien e.V.

Achtermannstr. 7
Tel.: 511121

Termine:

Mo - Fr	Allg. Öffnungszeiten	10.00 - 16.00 Uhr
Di	Schreibwerkstatt	11.00 - 15.00 Uhr
Mi	Offener Treff	11.00 - 13.00 Uhr
	Graphische Gestaltung	13.00 - 15.00 Uhr
Do, Fr	Beratung nach dem AFG	11.00 - 13.00 Uhr
Do	Blaue Gemeinschaft e.V.	13.00 - 16.00 Uhr

Weitere Termine nach Vereinbarung

An alle Sponsoren und die, die es werden wollen.
Zeitung machen ist teuer. Deshalb freuen wir uns
über jede Unterstützung.

Wir bedanken uns unter anderem bei:

Global

Scharnhorststr. 61

netz NRW

Vorländerweg 28

cuba-Kino

Achtermannstr. 10 - 12

Spendenkonto siehe Impressum

Gegen Zahlung von einer Spende in Höhe von mindestens 20,-DM wird der Spender namentlich unter der Rubrik 'Sperr-Sponsor-Pool' in der nächsten Ausgabe unserer Arbeitslosenzeitung SPERRE erwähnt. Spenden für die SPERRE und damit an ihren Träger 'Arbeitslose brauchen Medien e.V.' sind steuerabzugsfähig, eine Spenden-Quittung wird auf Wunsch ausgestellt.



VELTINS

Bitburger Pils

Dietsch Jatz

GUINNESS

KILKENNY

Fuller's

Kristberg

cuba kneipe

Mo - Fr: 17.00 - 1.00
Sa: ab 17.00, bei Disco ab 21.00
So: 18.00 - 1.00

48143 Münster
Achtermannstr. 10
Tel. 0251 / 58 217

Arbeitslosenzentrum im c.u.b.a.

Achtermannstr. 10 - 12



Termine:

Di	Projektberatung	9.30 - 12.00 Uhr
Mi	Beratung zu ABM und Beschäftigungsmaßnahmen für Sozialhilfeempfänger	14.00 - 17.00 Uhr
u. nach Vereinb.	Tel.: 511929	
Mo, Mi	Arbeitslosenberatung im c.u.b.a.	15.00 - 17.00 Uhr
Di, Do	Tel.: 58175 u. 511929	9.00 - 13.00 Uhr
Di, Mi	Beratung für Langzeitarbeitslose	10.00 - 12.00 Uhr
u. nach Vereinb.	Tel.: 518980	
Di, Do	Sozialhilfeberatung	10.00 - 12.00 Uhr
Do		14.00 - 16.00 Uhr
Do	Beratung für Schwangere und Alleinerziehende	10.00 - 12.00 Uhr
	Tel.: 518880	
Mi	Sozialhilfesorgentelefon	15.00 - 17.00 Uhr
	Tel.: 43544	

c.u.b.a. Arbeitslosentreff Kinderhaus

	Sprickmannstr. 34	
Di	Sozialhilfeberatung	9.00 - 13.00 Uhr
Fr	Arbeitslosenberatung	9.00 - 13.00 Uhr
	Tel.: 216958	